

XXII. GP-NR

219/J

2003 -03- 19**ANFRAGE**

**der Abgeordneten Mag. Ulli Sima und GenossInnen
an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft
betreffend Absage von EU-Kommissar Franz Fischler an gentechnikfreie Zonen und die
Problematik der Koexistenz gentechnisch veränderter und unveränderter
Landwirtschaft in Österreich**

EU-Agrarkommissar Franz Fischler erteilte am 5. März 2003 in einer Mitteilung an die Kommission der Errichtung gentechnikfreier Zonen eine Absage und sprach sich entschieden gegen ein allgemeines Anbau-Verbot für gentechnisch manipulierte Kulturen aus. Der Schutz wirtschaftlicher Interessen alleine reiche dafür nicht aus. Grundsätzlich solle künftig jeder Landwirt entscheiden, welche Art von Kulturpflanzen er auf seinem Boden anbauen will: „Keine Form der Landwirtschaft sollte in der EU ausgeschlossen werden“, heißt es von Seiten der Kommission.

Die Kommission verzichtet damit auf EU-weite Regelungen der Koexistenz zwischen dem Anbau gentechnisch veränderter und konventioneller und biologischer Pflanzen. Damit wird die Verantwortung auf jeden einzelnen Bauern abgeschoben, er muss sich künftig etwa um Schutzmassnahmen kümmern, wenn er gentechnikfrei produzieren will. Dies kommt einem Todesstoss für jene Bauern gleich, die gentechnikfrei wirtschaften wollen, denn sie müssen künftig Pufferzonen und sonstige Vorsichtsmaßnahmen aus der eigenen Tasche bezahlen. Die EU-Kommission nimmt damit jedoch die Falschen in die Pflicht, nämlich jene, die so wirtschaften, wie es seit Menschengedenken üblich ist, nämlich ohne dem Einsatz der Gentechnik. Es ist dies eine Umkehr des Verursacherprinzips. Anstatt das lang diskutierte Modell der gentechnikfreien Zonen umzusetzen, und damit die Produktion der Biobauern vor Pollenflug, Auskreuzung und Verunreinigungen zu schützen, erteilt die Kommission mit diesem Plan der gentechnikfreien Produktion in ganz Europa eine Absage. Dies ist angesichts der Tatsache, dass die überwältigende Mehrheit der europäischen KonsumentInnen und auch Bäuerinnen und Bauern die Gentechnik entschieden ablehnt, schlichtweg inakzeptabel.

Brisant ist der Kommissionsplan auch aufgrund der erst im Mai letzten Jahres publizierten, von der EU-Kommission in Auftrag gegebenen Studie zum Thema der Koexistenz. Diese Studie kommt zum Schluss, dass ein Nebeneinander von landwirtschaftlicher Produktion mit Gentechnik und konventioneller (ohne Gentechnik) oder biologischer Arbeitsweise nicht möglich ist, unkontrollierte Ausbreitung von Gentech-Saatgut und ständige Vermischungen wären unausweichlich.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den für Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft nachstehende

Anfrage:

- 1) Wie stehen Sie zur Koexistenz von gentechnisch veränderten und nicht veränderten Anbauweisen?
- 2) Wie beurteilen Sie den Plan der Kommission, künftig jegliche Verantwortung (Haftung) auf die Bauern abzuschieben, die weiterhin gentechnikfrei produzieren wollen?
- 3) Teilen Sie die Ansicht Fischlers, wonach jeder Bauer sich künftig selber darum kümmern – und bezahlen - soll, wie er gentechnikfrei produzieren kann?
- 4) Planen Sie, gentechnikfreie Zonen in Österreich zu schaffen, um Österreichs Bauern die keine Gentech-Pflanzen anbauen wollen, zu schützen?
- 5) Falls nein, warum nicht?
- 6) Falls ja, in welcher Form und wo konkret?
- 7) Wie beurteilen Sie die Ansicht der Kommission, wonach der Schutz wirtschaftlicher Interessen nicht ausreicht, um den Anbau von GVO zu verbieten?
- 8) Halten Sie es für realistisch, dass sich der einzelne Landwirt die Rahmenbedingungen schaffen kann, künftig gentechnikfrei zu produzieren?
- 9) Wie schätzen Sie die Auswirkungen des Kommissionsplans auf die heimische Landwirtschaft ein?
- 10) In welcher Weise wollen Sie die heimischen Biobauern, aber auch alle anderen Landwirte, die ohne Gentechnik produzieren wollen, vor Pollenflug, Saatgutverunreinigungen, Fremdbestäubung etc. durch GVOs schützen?
- 11) In einem Interview mit den Salzburger Nachrichten vom 14. März betonen Sie, die Anwendung der Gentechnik aktiv nicht anzustreben. Wie wollen Sie diese angesichts der Kommissionspläne konkret verhindern?
- 12) Was halten Sie von der von der EU-Kommission geplanten freiwilligen Vereinbarung zwischen örtlichen Landwirten und der Industrie zur Errichtung GVO-freier Gebiete?
- 13) Sind diese Ihrer Ansicht nach ausreichend, um eine gentechnikfreie Produktion in Europa zu garantieren?
- 14) Wie beurteilen Sie die Perspektive, wonach die konventionell wirtschaftenden Bauern und die Biobauern bei einer zufälligen GVO-Beimischung ihre Produkte billiger verkaufen müssen?

- 15) Wie könnte Ihrer Ansicht nach zufällige Vermischung GVO-veränderter und herkömmlicher Kulturen wegen Saatgutverunreinigungen, Kontamination durch selbstaussäende Pflanzen, Fremdbestäubung etc. verhindert werden?
- 16) Wie beurteilen Sie die Haftungsfrage nach Vorlage der Kommissionspläne in Sachen Koexistenz?
- 17) Halten Sie es grundsätzlich für vertretbar, dass die EU zwar die Zulassung von GVO-Pflanzen erteilt, sich jedoch in weiterer Folge nicht um die Konsequenzen und Arbeitsbedingungen für Biobauern oder jene Landwirte kümmert, die ohne GVOs wirtschaften?
- 18) Sie haben im Rahmen der Diskussion um den Fischler-Vorschlag betont, dass in Sachen Koexistenz noch zu viele Fragen offen wären, um an eine Freigabe gentechnisch modifizierter Organismen zu denken (vgl dazu „Die Presse, 5. März 2003). Welche Fragen sind Ihrer Ansicht nach noch ungeklärt?
- 19) Nach der Fertigstellung der sogenannten „Feed and Food-Richtlinie“ auf EU-Ebene ist eine Aufhebung des Moratoriums sehr wahrscheinlich. Danach wird es eine Flut an Neuzulassungen von gentechnisch veränderten Pflanzen in Europa geben. Wie werden Sie als zuständiger Landwirtschaftsminister gegensteuern, um auch weiterhin eine gentechnikfreie Landwirtschaft in Österreich zu ermöglichen?
- 20) Was halten Sie grundsätzlich von nationalstaatlichen Regelungen im Bereich der Gentechnik in der Landwirtschaft?
- 21) Sind die von der EU-Kommission ins Treffen geführten unterschiedlichen geographischen Bedingungen ausreichend, um die Regelungen den Mitgliedstaaten zu überlassen?
- 22) Darüber hinaus haben die Mitgliedsstaaten einen sehr schmalen rechtlichen Spielraum, welche konkreten Ansätze für Österreich sehen Sie im Gentechnik-Bereich und welche rechtlichen Maßnahmen (Gesetze, Verordnungen etc.) werden Sie setzen?
- 23) Teilen Sie die Ansicht der Fischler-KritikerInnen, dass dieser Plan der EU-Kommission der Todesstoss für die Biobauern und jene Bauern ist, die ohne Gentechnik produzieren wollen?